Drs.2026/27/46
26.11.2026

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Protokoll der Sitzung des Studierendenparlaments am 17. November 2026

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS

Studierendenhaus
Mertonstraße 26 – 28
60325 Frankfurt am Main
studierendenparlament@uni-frankfurt.de
Telefon (0 69) 798 – 23181

Beginn der Sitzung: 18:22 Uhr
Ende der Sitzung: 23:44 Uhr
Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)

2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung des Protokolls 26/27/39

4. Einhaltung der Berichtspflicht

5. Mitteilungen und Anfragen

a) des Präsidiums

b) der Öffentlichkeitsbeauftragten

c) des AStA-Vorstandes

d) der AStA-Referaten

e) der freien AStA-Referate

f) der studentischen Senatsmitglieder

g) der studentischen Verwaltungsratsmitglieder

6. Anträge

7. Resolutionen

8. Verschiedenes

1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

2) Feststellung der Tagesordnung

Der Antrag der LHG soll bei TOP 5 behandelt werden. Es gibt keine Gegenrede.

Der TOP „Vorstellung Initiative Aufbruch“ wird gestrichen, weil sich die Initiative zuerst beim AStA vorstellen soll. Es gibt keine Gegenrede.

3) Genehmigung des Protokolls 26/27/39

Abstimmung: 9 Ja, 6 Nein, 5 Enthaltungen.

4) Einhaltung der Berichtspflicht

LHG: Satzung und Geschäftsordnung widersprechen sich derzeit. Die Satzung sieht Kürzungen von 50 % vor. AStA und Präsidium haben bisher nichts gekürzt. Wir haben nachgerechnet: Es müssten 30.000 € gekürzt werden. Sechs AStA-Referate und drei freie Referate haben noch gar nicht berichtet. Der AStA sagt, das Präsidium müsse die Meldung an den AStA übermitteln.
Vorstand: Die Satzung regelt die Feststellung nicht. Das Präsidium muss sie dem Vorstand übermitteln. Der Vorstand führt aus, stellt aber nicht fest. Erst wenn festgestellt ist, wer nicht berichtet hat, können wir anhand der Protokollinhalte Kürzungen vornehmen.
LHG: Wir wollen im Antrag und in der Änderung der Geschäftsordnung schriftlich festhalten, dass die Opposition das Recht hat, über die Arbeit des AStA informiert zu werden.
Präsidium: Das Justitiariat hat uns gesagt, dass für die Einhaltung der Satzung der Ältestenrat zuständig ist. Alle Fraktionen können ihn anrufen. Laut Justitiariat muss der Weg über den Ältestenrat gehen. Danach muss der AStA die Kürzung ausführen.
LHG: Muss das für jedes einzelne Referat gestellt werden?
Präsidium: Es wäre gut, wenn wir protokollieren würden, welche Referate berichtet haben und welche nicht. Ohne den Ältestenrat kann der AStA keine Aufwandsentschädigungen kürzen.
SDS: Wir sollten das nicht nur juristisch, sondern auch politisch betrachten. Die Studierendenschaft muss nicht nur ordentlich arbeiten, sondern auch darüber berichten. Kürzen ist der falsche Weg, deshalb kann der SDS sich dem nicht anschließen. Wir wollen keine Maßregelungen, sondern dass die Arbeit ernst genommen wird. Arbeitet der AStA nicht ordentlich, übernehmen wir als SDS diese Arbeit. Kürzungen entlasten den Haushalt nicht, sie verknappen ihn langfristig. Das Präsidium soll notieren, welche Referate existieren, welche Berichte eingereicht wurden oder mündlich berichtet haben und welche nicht.
Vorstand: Einige Referate arbeiten mit einer einzelnen Person und haben entsprechend weniger Kapazitäten. Ich finde es gut, dass wir ein Verfahren finden. „Untätigkeit“ heißt nicht, dass im Referat nichts getan wurde. Deshalb plädieren wir dafür, eine Neufassung der Satzung zu besprechen und die aktuellen Probleme aufzulösen. Nur weil nicht berichtet wird, heißt das nicht, dass nichts gemacht wird. Wollen wir die Leute wirklich zwingen zu berichten, auch wenn es wenig zu berichten gibt? Es gibt keine Ausweichmöglichkeiten.
Präsidium: Das Justitiariat sieht keine Ausnahmeregelungen vor und empfiehlt, eine einzufügen. Das Justitiariat schreibt: „*für die Einhaltung der Berichtspflichten dürfte der Ältestenrat gemäß § 5 Abs. 5 S. 2 zuständig sein. Für die Kürzung selber dürfte hingegen das AStA-Vorstandskollektiv zuständig sein. Gemäß § 23 Abs. 2 und § 24 Abs. 2 ist dieser für die Führung der laufenden Geschäfte und die Durchführung des Haushaltsplans verantwortlich. Die sichere Vorgehensweise wäre, die Erfüllung der Berichtspflichten in den Sitzungsprotokollen nachvollziehbar zu dokumentieren und fehlende Berichte dem Ältestenrat zur Überprüfung vorzulegen, bevor der Vorstand die Kürzung umsetzt. Vor Umsetzung einer Kürzung sollte den betroffenen Referent*innen jedoch aus den von Ihnen bereits genannten Gründen einer möglicherweise vorliegenden Entschuldigung Gelegenheit gegeben werden, zu einer Pflichtverletzung Stellung zu nehmen. Bitte hier auch beachten, dass es dem Wortlaut nach ausreicht, wenn eine Person je Referat berichtet. Für Ausnahmeregelungen würde ich Ihnen die Formulierung empfehlen, die wir öfter in anderen Geschäftsordnungen festhalten. Diese wäre in etwa: ,, Eine Kürzung erfolgt nicht, wenn die Nichterfüllung der Berichterstattungspflicht auf einem wichtigen Grund beruht. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere bei Krankheit, der Wahrnehmung notwendiger Betreuungs- oder Pflegeaufgaben oder vergleichbaren*

persönlichen Umständen vor. Der Verhinderungsgrund ist dem Ältestenrat unverzüglich anzuzeigen.“ Der Ältestenrat dürfte dann darüber entscheiden, ob hier ein wichtiger Grund vorliegt oder ob eine Pflichtverletzung gegeben ist. Wenn Sie die Satzung ohnehin anpassen wollen, können Sie den Punkt zur Zuständigkeit des Ältestenrats auch nochmals konkretisieren.
Öffentlichkeitsbeauftragte: Eine solche Regelung steht auch in allen anderen Satzungen und Ordnungen der Uni. Insbesondere Menschen, die pflegen oder Familie haben, müssen berücksichtigt werden.
LiLi: Es ist wichtig, dass die Regelungen nicht greifen, und wir sollten sie aus der Satzung streichen.
Öffentlichkeitsbeauftragte: Ich begrüße eine Änderung von Satzung und Geschäftsordnung, auch aus Gründen des Datenschutzes und der Antidiskriminierung. Die Antidiskriminierungsrichtlinie der Universität steht über der Satzung.
LHG: Es gibt neun Referate, die nie berichtet haben. Das kann so nicht sein. Dann mit der Antidiskriminierungsrichtlinie zu kommen, obwohl es Menschen gibt, die es nie geschafft haben vorbeizukommen, überzeugt uns nicht. Wir würden gern beurteilen, wie sinnvoll die Referate sind, aber das geht nicht, wenn keine Berichte stattfinden. Die Referate komplett abzuschaffen sehen wir nicht so. Wenn alle Referate nicht vortragen, funktioniert der Anreiz aktuell nicht. Den vom AStA vorgeschlagenen Weg über den Ältestenrat können wir gern aufnehmen, dann wäre der Antrag zustimmungsfähig.
Vorstand: Dass Referate nicht berichten, ist ein Versäumnis. Einige Referate haben das verwechselt und im Plenum statt im StuPa berichtet. Auch Referate wie Kommunikation, die aus einer Person bestehen, arbeiten, das kann man auf Instagram sehen. Wollt ihr, dass wir uns selbst kontrollieren? Der Vorschlag kommt von LiLi und nicht vom AStA; Teile des AStA sind daran interessiert, dass im StuPa berichtet wird. Man kann es nicht auf den kompletten AStA ausweiten.
Öffentlichkeitsbeauftragte: Die Antidiskriminierungsrichtlinie ist notwendig, weil sie die antidiskriminierende Perspektive berücksichtigt. Wir sollten die Antidiskriminierungsstelle Hessen mit ins Boot holen und Feedback einholen, um zu sehen, wie es besser laufen könnte. Auch Menschen, die auf anderen Ebenen aktiv sind, können nicht immer anwesend sein; das muss auch in der Satzung anders gehandhabt werden. Ich würde es begrüßen, wenn alle Hochschulgruppen, Fachschaften und Gruppen wie No Cuts sich in den Änderungsprozess einbringen. Auch wenn LHG und RCDS denken, es sollte härter sein, empfehle ich, länger darüber zu diskutieren als nur eine Sitzung.
SDS: Ich verstehe nicht, woher die Idee der Satzungsänderung kommt. Ich weiß nicht, wie der AStA das sieht, aber wenn das Präsidium sagt, die Satzung müsse geändert werden, sehen wir das kritisch. Wie kommt es zu der Verwechslung, dass Referate denken, sie seien nur dem Vorstand oder dem Plenum berichtspflichtig? Hier ist der Ort für die strömungsübergreifende Diskussion. Mein Eindruck ist, dass die Referate sich nur darum kümmern, was ihre „Arbeitgeber“ denken, statt sich den Fragen und Diskussionen der verfassten Studierendenschaft zu stellen. Welchen Grund gibt es für diese Verwechslung?
Präsidium: Das Präsidium hat dazu nichts gesagt. Wir haben beim Justitiariat angefragt, und es hat uns mitgeteilt, dass der Ältestenrat zuständig ist und eine Ausnahmeregelung eingeführt werden soll. Die Satzung wurde vor zwei Jahren beschlossen und die vorherige stammte von 2011.
LHG: Wir überlassen dem AStA nicht die komplette Selbstkontrolle. Eine Kontrolle durch das StuPa ist satzungsgemäß gegeben. Das Präsidium hat immer wieder gesagt, dass es eine Berichtspflicht gibt. Wir haben ein Durchsetzungs- statt ein Erkenntnisproblem. Es sind einige Leute da, die wir nicht kennen. Wir werden einen Prozess finden, bei dem man nicht zwischen den Zuständigkeiten hin- und hergeschoben wird.
LiLi: Zur Antwort an den SDS: Es gibt einen Unterschied zwischen Leuten, die im Stupa sitzen, und denen, die von außen kommen, weil sie eine Nähe zum Thema haben. Diese Leute sehen sich als vom AStA angestellt, nicht vom StuPa, und haben deshalb dem StuPa gegenüber kein Pflichtverständnis. Manche Leute haben mehrere Jobs. Politische Arbeit ist ein Privileg, das man sich leisten können muss.
SDS: Wenn der AStA berichtet hat und für die Verwechslung zuständig ist, wie kann es dann sein, dass die Berichte dem Stupa nicht vorliegen, obwohl sie dem Vorstand vorliegen?
Vorstand: In der Satzung steht ein mündlicher, kein schriftlicher Bericht. Es gibt Leute, die der Berichtspflicht nicht gerecht werden können. Ich glaube, dass sich der AStA im Lauf der Zeit verändert hat und deshalb keine Kommunikation zum StuPa stattgefunden hat. Es ist ein guter Anfang, auf die Berichtspflicht hinzuweisen. Wir müssen uns alle zusammensetzen und Berichte erstellen. Wir brauchen einen festgeschriebenen Vorgang, um Satzung und GO neu zu schreiben.
DL: Ich bin schon lange Referent*in, habe aber die GO nicht gelesen. Ich war die meiste Zeit im StuPa, habe aber nicht berichtet, weil mir die Pflicht nicht bekannt war. Dass es eine Pflicht gibt, kam plötzlich im Plenum auf. Trotzdem ist es sinnvoll, regelmäßig im StuPa zu sein. Ich bin sicher, dass es Referate gibt, denen das nicht klar ist, weil sie hier waren und nicht berichtet haben.
Queerreferat: Wir haben bisher immer schriftlich berichtet und wussten nicht, dass wir auch mündlich berichten müssen. Wir sehen den Punkt, dass es wichtig sein kann, im Zuge von Kürzungen sichtbar zu

machen, dass gearbeitet wird und welche Strukturen es gibt. Wir haben Fragen dazu, wie die Dinge geregelt werden, denn einiges ist unklar, zum Beispiel die Ausführlichkeit. Es kommt darauf an, wie oft persönlich berichtet wird, wie sich das auf außerordentliche Termine auswirkt und ob das für die Leute machbar ist.
SDS: Vorstand und KOA wären diejenigen gewesen, die die Referate einarbeiten und über die Berichtspflicht informieren mussten. Der AStA muss nicht nur Rechenschaft über seine Arbeit geben, sondern auch wissen, welche Leute zum FZS gehen. Vielleicht hätte *** das besser kommunizieren sollen, aber der AStA muss wissen, welche Aufgaben er hat.
RL: Meistens waren die Referate da, haben aber nicht berichtet. Trotzdem ist es versäumt worden, dass die Anwesenheit stattfindet.
LiLi: Das ist nicht Aufgabe des Vorstands, sondern des Präsidiums, weil freie Referate nicht dem Vorstand unterliegen.
LHG: Die Aufgaben der autonomen Referate stehen in der Satzung. Die GO ist veraltet, und die Satzung gibt eine neue Regelung vor: früher „kann“, jetzt „Pflicht“. Ich kann verstehen, dass alles geändert werden soll. Es ergibt keinen Sinn, Dinge einzeln zu reparieren, es muss alles repariert werden. Dass man sich politische Arbeit leisten können muss, steht außer Frage. Es ist ein Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung, damit man sie voll auszahlen lassen kann. Dann reicht nicht eben mal kurz eine Seite oder halbe Seite. Manche Leute haben eine, andere zwei halbe Stellen. Es ist zumutbar, dass die Leute mit vollem Referat kommen. Wir haben einen Telegram-Kanal, über den man mit der LHG reden kann. Wir verschärfen keine Regeln, sondern wollen bestehende durchsetzen.
SDS: Wir müssen keine Regeln ändern, die Leute müssen erscheinen. LHG und RCDS haben nur eine gemeinsame Position: dass die Referate berichten sollen, und zwar nicht nur beim AStA, sondern auch im Stupa. Das ist kein Schuss gegen das Queerreferat, denn es ist das einzige Referat, das regelmäßig berichtet. Es geht nicht um einen Arbeitsnachweis, sondern um politische Diskussion über die Arbeit der Referate. Ich frage: Wo warst du, als Gönni gesagt hat, dass in jeder Sitzung berichtet werden muss?
DL: Kritik ist natürlich verständlich, aber es gibt schon Leute, die wissen, dass Referate arbeiten, weil sie die Arbeit sehen. Deswegen heißt es nicht, dass sie nichts tun.
Vorstand: Ich weiß nicht, wie die Abstimmung ausgeht. Man muss entweder die Interpretation des AStA oder die des Justitiariats berücksichtigen. Der Weg ist egal; der Ältestenrat ist die unabhängigere Art, das zu regeln.
Öffentlichkeitsbeauftragte: Satzung und GO widersprechen sich, deshalb müssen Änderungen vorgenommen und alles vollumfassend angepasst werden.
LHG: Die Satzung von 2023 ist nicht veraltet, deshalb muss die ältere GO angepasst werden. Wir haben zwei Wege, daher ist es wichtig, einen festzulegen. Die Satzung ist klar; es ist keine Frage der Auslegung, sondern der Umsetzung. Dem einen Vorschlag sollte nachgekommen werden.
GHSG: Satzung und GO widersprechen sich. Änderungen können auch zurückgedreht werden, wenn festgestellt wurde, dass sie falsch sind.
IJV: Ich finde, dass Sanktionsverfahren die Situation nicht in den Griff bekommen. Wenn jemand nicht berichtet, man aber merkt, dass die Leute etwas tun, begegnen Sanktionsmaßnahmen dem Problem nicht im Kern.
LHG: Wir stimmen nicht über Sanktionen ab, sondern nur über das Verfahren. Es geht nicht darum, ob etwas richtig ist oder nicht, sondern welches Verfahren richtig ist. Das Präsidium übermittelt das an den AStA, und dieser kümmert sich um die Durchführung.

Abstimmung: 13 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen.

Fraktionspause LiLi, 10 Minuten.
Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

5) Mitteilungen und Anfragen

a) des Präsidiums

Präsidium: Die Anfrage zum FZS ist untergegangen und wird am 26.11. aufgegriffenei Fragen kann man sich auch an den Vorstand wenden. Die Informationen des Justitiariats wurden vorgestellt.

b) der Öffentlichkeitsbeauftragten

Öffentlichkeitsbeauftragte: Wir würden gern Satzung und GO ändern, auch weil es datenschutzrechtlich relevant ist. Für die StuPa-Präsidentin und die Vizepräsidentin ist das wichtig. Unterschriften müssen verschleiert und zugleich angegeben werden, und eine Satzungsänderung muss angegeben sein. Es ist fundamental, die Änderung voranzubringen. Nach der Satzung ist es möglich, sich in einer Kommission mit den Änderungen auseinanderzusetzen. Das würde ich gern offen und inklusiv gestalten und nach Einverständnis in den sozialen Medien veröffentlichen. Ein Café, das Lab Coffee, gibt Rabatt, wenn man Mitglied im Stupa ist. Wenn das gewünscht ist, kann ich das einbringen. Ich kann auch bein den StuPa-Sitzungen eine Kaffeemaschine hinstellen, wenn gewünscht. Auf der Website des AStA hat sich einiges getan und sie sollte jetzt besser laufen. Bei Kritik bitte Rückmeldung.
SDS: Danke für den Bericht. Wir haben beschlossen, dass die Ringvorlesung der Zivilklausel-Initiative vom AStA beworben wird. Beschlüsse sollen ernst genommen werden. Der AStA fördert die Initiative mit einer Projektstelle.
Vorstand: Es gab eine Umstrukturierung im Kommref, deswegen lief das mit der Werbung unrund.
Öffentlichkeitsbeauftragte: Der AStA hat nicht dieselbe Zuständigkeit wie das StuPa. Dahinter steckt keine böse Absicht, und es wird Besserung geben.
SDS: Gibt es eine Möglichkeit, die Öffentlichkeitsbeauftragten zu solchen Fragen zu kontaktieren? Gibt es eine E-Mail-Adresse?
Öffentlichkeitsbeauftragte: Wir sind unter stupa@asta-frankfurt.de erreichbar. Auch wenn es widersprüchlich klingt, ist das eine Frage des Providers. Ihr könnt mich auch gern ansprechen, oder ich gebe meine Nummer weiter.
IJV: Habe ich richtig verstanden, dass sich die Rabattkarte nur auf die 25 Mitglieder des StuPas bezieht?
Öffentlichkeitsbeauftragte: Sie bezieht sich auf alle, aber das limitierte Design mit dem StuPa-Logo gibt es nur für StuPa-Mitglieder.
IJV: Ist dazu schon eine Rückmeldung erfolgt? Gibt es bereits eine Rabattkarte?
Öffentlichkeitsbeauftragte: Wir wollten Rückmeldung, wie das ankommt, und würden gern anfragen, ob gesonderte Coupons geschickt werden können. Sitzungsunterlagen sind nicht so leicht zu finden. Das Design der Website ist vorprogrammiert und wir haben alles veröffentlicht, was wir veröffentlichen können. Die nächsten StuPa-Termine sind eingepflegt und auf der Website einsehbar.
DL: Können wir dem Café-Unternehmen entweder nicht antworten oder mitteilen, dass wir die Rabattkarte nicht haben wollen?

c) des AStA-Vorstandes

Vorstand: Wir hatten viel mit dem Präsidium zu tun. JF wurde kurzfristig wegen Krankheit abgesagt; der Termin wurde mit dem Kanzler und Pirker trotzdem durchgeführt. Die Kürzungen wurden angesprochen, hauptsächlich zur Information. Es ging auch darum, dass die Dekanate dichtmachen; einige lassen sich gerüchteweise doch noch hinreißen. Es gab einen Spatenstich für das Studierendenhaus in Kooperation mit dem OHA und ein Gespräch zum neuen Studierendenhaus. Eine Machbarkeitsstudie liegt vor, und es wird eine Urabstimmung geben, bei der über die Varianten abgestimmt werden soll. Ansonsten läuft alles wie gewohnt. Außerdem haben wir die Protestwoche organisiert. Weiter geht es um den Haushalt. Der Finanzreferent hat sich verletzt, ist aber wieder fit, und wir kümmern uns um den kommenden Haushalt.
SDS: Mir ist nicht klar, welche Aktionen abseits der Vollversammlung zur Protestwoche anstehen.
Vorstand: Ich verweise auf die Referate, weil sie tiefer drin sind und das besser sagen können.
SDS: Wer waren die FZS-Vertreter*innen bei der letzten MV? Du wolltest das herausfinden, hast aber noch nicht berichtet.
Vorstand: Das war ein Missverständnis, und die Leute sind informiert. **** und ***** waren anwesend. Wir haben so abgestimmt, weil wir im Stupa nicht darüber abgestimmt haben, den Antrag positiv zu bewerten.
SDS: Es ist dennoch falsch, dass so abgestimmt wurde. Dazu gehört, dass die Beschlüsse des StuPas gewahrt werden müssen. Das Präsidium hat im letzten Protokoll festgehalten: „Beschlüsse des Stupas sind für die Menschen im AStA bindend.“ Wir können nächstes Mal auch darüber abstimmen, dass so etwas auf der MV abgestimmt wird.
Vorstand: Wir haben uns nicht über einen StuPa-Beschluss hinweggesetzt.
SDS: Das ist Quatsch. Die Anträge für Solidarität mit palästinensischen Kommiliton*innen und Wissenschaftsprojekten sowie für Solidarität mit kubanischen Studierenden wurden im Stupa eingebracht, und einem Antrag hat sogar eure Fraktion zugestimmt. Es gibt weder einen inhaltlichen noch einen bürokratischen Grund, gegen die Beschlusslage zu entscheiden. Wenn Beschlüsse getroffen werden, müssen sie Geltung behalten. Die Konsequenz kann sein, dass die Delegierten künftig vom Studierendenparlament gewählt werden sollen, weil man euch nicht vertrauen kann, dass die Beschlusslage gehalten wird.

Vorstand: Es wurde ein Gespräch geführt, und wir können gern über ein Verfahren bezüglich des FZS sprechen.
SDS: Beschlüsse, die im höchsten Gremium dieser Studierendenschaft gefällt werden, müssen künftig auch gehalten werden. Egal, wie ihr delegiert wurdet, ihr habt euch an die Beschlüsse zu halten. Auf scheinheilige Argumente lassen wir uns nicht ein. Wir könnten auch einen Antrag schreiben, dass die Positionen des AStA oder des Studierendenparlaments gehalten werden sollen, aber das wäre lächerlich.
SDS: Was müssen wir tun, damit beschlossen wird, dass die Delegierten gewählt werden müssen?
Präsidium: Das steht nicht in Satzung oder Geschäftsordnung. Wir können es nicht per Antrag beschließen, sondern müssten Satzung oder GO ändern.
Vorstand: Wir müssen sowieso die GO ändern, daher könnte man beides auf einmal machen.
IJV: Wenn das Verfahren aktuell nicht in der Satzung geregelt ist, dann müssen wir die Satzung ändern. Ich schlage vor, nicht darüber zu reden, sondern es einfach zu machen. Das wurde schon vor Monaten angebracht. Damals waren zwei oder drei Leute da, deshalb haben wir es aufgegeben. Wir müssen den Ausschuss einberufen, und wenn Leute nicht teilnehmen, ist es eben so.
Präsidium: Im kommenden Stupa werden die Kommissionen für GO und Satzung auf die Tagesordnung gesetzt, und die Leute sollen sich bitte eintragen, damit sich die Gremien konstituieren können. In die Tagesordnung aufnehmen können wir es aber erst in der übernächsten Sitzung.
SDS: Wir haben im April einen Antrag zur Erinnerung an den 8. Mai gestellt, und gleichzeitig wurde gesagt, welche Unterstützung stattfinden soll. „Goethe im Braunhemd“ sollte unterstützt werden. Im Antrag steht auch, dass jeden Monat berichtet werden soll. Das ist nicht geschehen. Deshalb haben wir uns an das Polbil gewandt, damit das passiert, aber es kamen keine positiven Rückmeldungen. Wie kann das sein?
Vorstand: Wir haben damals bereits auf das Polbil verwiesen. Das Referat ist aktuell mit der Protestwoche beschäftigt. Nach zwei Monaten kann man unter den aktuellen Bedingungen so etwas nicht erwarten. Ich kann nicht mehr sagen als: Polbil-Ref.
SDS: E-Mails zu schreiben ist nicht schwer. Kontaktdaten und Autor*innen herauszufinden und eine Mail zu schreiben ist keine Zumutung. Egal, wer das Referat stellt: Ich bin auf das Referat zugegangen und aggressiv zurückgewiesen worden. Wie findet die Aufarbeitung statt? Kann man da etwas unternehmen?
Vorstand: Es gibt immer Kleinigkeiten, die anstehen. Wenn ein paar Dinge nicht da sind, muss man sich einfach als Mensch begegnen. Das ist ein ernstes Anliegen. Ich denke, dass die Menschen, die 200 € bekommen, ihre Aufgaben aktuell gut machen. Den scharfen Ton finde ich unangebracht, und ich verstehe nicht, warum man das hier skandalisiert. Ihr könnt das mit den Referaten diskutieren und mit mir als Vorstand.
SDS: Wir haben auch Aktionen und Aktionstage, schaffen es aber trotzdem, ihnen nachzugehen. Die Ausrede, die Leute hätten zu viel zu tun, ist nicht angebracht.
SDS: Ich finde es echt schlimm, daraus etwas zu machen. Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Kapitalismuskrise und wissen nicht, was kommt. Zu sagen, das sei eine Beschäftigungsstrategie, damit die VV nicht stattfinden kann, ist daneben. Dieser Apparat hat 42 bezahlte Stellen. Wir würden uns niemals erlauben, so mit der Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus umzugehen, und es ist nicht okay, mit Befindlichkeiten zu argumentieren.
Projektstelle Polbil: Ich muss das Referat verteidigen. Es gibt hunderte Anträge; wir können nicht pro Semester hunderten Autor*innen die Möglichkeit geben, eine Lesung zu organisieren. Es ist bitter, dass es einzelne trifft. Wir können das auch über die Projektstelle laufen lassen. Im Sommersemester haben wir über 80 Veranstaltungen gemacht. Ich empfehle, die KEW zu besuchen. Der Vorwurf, nicht antifaschistisch zu sein, ist einfach falsch.
SDS: Es zieht sich durch die Situation, dass die Beschlüsse des Stupa egal sind. Das ist eine Frage politischer Prioritäten, denn der AStA untersteht dem Studierendenparlament. Wenn es einen Beschluss gibt, muss er durchgesetzt werden.
SDS: Es ist mehr als die Missachtung eines Antrags. Das Buch ist das einzige, das die Verstrickung von Uni und NS tief analysiert; es ist mit anderen Dingen nicht zu vergleichen. Man sieht auch eine Rechtsverschiebung, wenn man sich mit diesen Dingen nicht befasst. Es ist lächerlich, dass man monatelang herumfragen muss. Ein Trauerzeugnis.
LHG: Wir haben vor vielen Monaten einen Antrag zu Toiletten im RuW gestellt. Hat sich da etwas getan? Wurde dem Nachdruck verliehen?
Vorstand: Selbstverständlich haben wir das gemacht.
GHSG: Es ist immer wieder der Versuch, die Arbeit des AStA zu beeinflussen. Es ist eine verquere Sicht, dass der AStA alles machen muss. Wenn das StuPa etwas beschließt, kann der SDS es auch selbst machen, wenn es sonst keiner tut. Ich finde das autoritär.

GO-Antrag: Ende der Debatte.

SDS (Gegenrede): Es geht offensichtlich darum, wie Beschlüsse verstanden werden. Wenn die Forderung nach Umsetzung demokratischer Beschlüsse autoritär wäre, wäre das falsch. Wenn ihr einen Antrag an uns stellt, würden wir ihn auch beschließen; wenn ihr aber den Punkt der LHG belächelt, haben wir ein grundlegendes Demokratieproblem. Deshalb soll der Punkt offen bleiben, weil auch noch Fragen anstehen. Es geht hier um das Demokratieverständnis.

Abstimmung: 10 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen.

Präsidium: Bitte nicht alles wiederholen.
SDS: Vorgeschrieben ist es nicht, wenn wir demokratisch gefasste Beschlüsse nicht umsetzen. Autoritär ist es, wenn Beschlüsse nicht angenommen werden. In der Demokratie sollte man auf abgestimmte Beschlüsse hören, und wir sollten nur auf demokratische Beschlüsse hören.
Projektstelle Polbil: Es steckt keine böse Absicht dahinter. Ich kann die E-Mail-Adresse weitergeben und es machen. Es besteht auch die Möglichkeit, eine Profö zu stellen und es selbst in die Hand zu nehmen. Das ist ein Angebot.
SDS: Im Antrag steht ausdrücklich, dass der AStA das tun soll. Auch die Bewerbung der Ringvorlesung findet nicht statt.
Vorstand: Es gibt eine Umstrukturierung im Kommref, deshalb findet das aktuell noch nicht statt.
Kommref: In ein bis zwei Wochen sind wir wieder bereit und können alles machen, was ihr wollt.
SDS: Der AStA ist kein Finanztopf. Wir wählen ihn, und die demokratische Legitimation kommt auch durch die Arbeit. Ich hoffe, dass es nicht nur in meinem oder unserem Interesse liegt, die Beschlüsse zu wahren. „Bei aller Liebe und allem Antifaschismus."

GO-Antrag: Tausch von D und E. Keine Gegenrede.

e) der freien AStA-Referate

Autonomes Ausländer*innenreferat: Unser schriftlicher Bericht liegt vor. Trotzdem ist die Anwesenheit vorgeschrieben, ich würde aber gern nach Hause, um mich um meine Kinder zu kümmern. Danach überlasse ich euch wieder dem StuPa. Wir beschäftigen uns mit Anfragen von ausländischen Studierenden, die Probleme haben, Wohnraum zu finden, im Studium voranzukommen oder ein Einkommen zu finden. Viele stehen unter hohem Druck, weil Frankfurt sehr teuer ist. Manchmal müssen wir Studierende an Stellen weiterleiten, die sich mit rechtlichen Dingen auskennen. Wir haben einen Kreis von Anwält*innen, die kostenfrei erstberaten. In Frankfurt braucht man die DSH-2-Sprachprüfung, für Medizin sogar DSH-3, und dabei helfen wir bei der Vorbereitung. Die Kurse an der Uni sind sehr teuer und kosten 400 €. Für viele ist es wirklich schwer, das Geld für einen Vorbereitungskurs vorzustrecken. Unsere Angebote sind stark besucht. Es gibt Leute, mit denen wir in Kontakt bleiben. Der letzte Bericht war zu Semesterbeginn. Aktuell planen wir einen Filmabend mit einer Dokumentation über die Schwierigkeiten, ein Visum zu bekommen, wenn man aus dem Globalen Süden kommt. Dazu soll es auch eine Diskussionsrunde geben. Wir haben Referent*innen angefragt, aber noch keine Antwort. Unser Referat lebt von Vernetzung und Kooperationen, so können wir Leute mit Problemen am besten an die richtigen Stellen weiterleiten, und wir arbeiten dabei mit Amnesty International, anderen Hochschulen und weiteren Stellen zusammen.
SDS: Ich habe in meinem Fachbereich viele ausländische Studierende. Die Bewerbungszahlen sind extrem gestiegen, und es gibt eine große Überforderung im Fachbereich.
Autonomes Ausländer*innenreferat: Viele Leute, die es sich nicht leisten können, schaffen es auch nicht zu uns. Viele versuchen, es vorher möglich zu machen. Wir kümmern uns um die Leute, die schon an der Uni sind.
SDS: Vielleicht solltet ihr euch ans Präsidium wenden.
Autonomes Ausländer*innenreferat: Machen wir.
SDS: Arbeitet ihr nur auf Anfrage? Vielleicht könnt ihr zum Studienkolleg gehen, die Leute kommen oft ganz frisch hierher. Gibt es Flyer, die man dort auslegen kann? Wir fordern nicht nur elternunabhängiges, sondern auch herkunftsunabhängiges BAföG. Wollt ihr das unterstützen?
Autonomes Ausländer*innenreferat: Wir wollen das prinzipiell unterstützen. Wir gehen nicht aktiv ins Studienkolleg, sondern ins International Office, weil wir dafür eher zuständig sind und dort direkt weitergeben.
LHG: Das sind autonome Referate, und sie müssen sich nicht an die Beschlüsse des SDS halten.
Autonomes Ausländer*innenreferat: Das ist uns klar. Ich wollte noch etwas zur Berichtspflicht sagen. Es ist richtig, dass die Referate vollständig berichten. Wenn es eine Berichtspflicht gibt, sollte sie auf einen festen

Zeitpunkt gelegt werden. Dann wird ein TOP unterbrochen und später weitergeführt. Sonst sitzen wir hier viele Stunden, und so wäre die Bereitschaft zu kommen größer.
Präsidium: Das nehmen wir auf jeden Fall mit. Wir wollen, wie im Senat, bestimmte Zeiten setzen.
Queerreferat: Wir haben einen schriftlichen Bericht. Hauptsächlich ist es Tagesgeschäft. Wir bereiten uns gerade auf das Bundestreffen der queeren Hochschulgruppen vor, bei dem wir uns deutschlandweit vernetzen.

Es berichteten nicht:

- Autonomes Inklusionsreferat
- Autonomes Hilfskräftereferat
- Autonomes FLINTA* Referat

d) der AStA-Referate

Soziales: Wir haben uns gestern mit den Berater*innen zur Sozialberatung getroffen, viele E-Mails beantwortet und beschäftigen uns mit der studentischen Rechtsschutzversicherung.
LHG: Wie groß ist der Zeitaufwand?
Soziales: Das lässt sich nicht festlegen, es variiert stark.
SDS: Inwiefern beteiligt ihr euch an der Protestwoche? Könntet ihr euch vorstellen, für die „BAföG für alle"-Demo zu werben?
Soziales: Wir kümmern uns in Einzelfällen um die Beratung und können nicht allgemein dazu aufrufen.
SDS: Seht ihr ein systematisches Problem? Was macht ihr darüber hinaus?
Soziales: Wir sehen es natürlich als gesellschaftliches Problem und arbeiten mit dem DGB zusammen, und mit dem Tagesgeschäft haben wir viel zu tun.
IJV: Habt ihr konkrete Beispiele? Meines Wissens gibt es keine DGB-Studierendenstruktur.
Kommref: Wir strukturieren aktuell alles um. Ab nächster Woche gibt es wieder Videos. Bei Postings schreibt uns gern. Der Videobereich ist aktuell eingestellt, kommt aber wieder.
SDS: Gehen Stories? Wie wird umstrukturiert?
Kommref: Stories gehen, und eine neue Person wird eingearbeitet.
SDS: Wann habt ihr angefangen? Warum dauert die Einarbeitung so lange?
Kommref: Die einarbeitende Person war krank.
RCDS: Was sind die langfristigen Ziele?
Kommref: Wir haben eine Social-Media-Kampagne und wollen die Videos weiter fortsetzen.
SDS: Am 04.11. wurde in Kassel die Zivilklausel abgeschafft. Wir hatten einen StuPa-Beschluss, dass der AStA eine Stellungnahme als Pressemitteilung veröffentlicht.
LHG: Welche Initiativen werden vorgestellt?
Kommref: Es sind alle möglichen Themen, nicht nur Politisches. Ihr seht dazu mehr auf unseren Instagram-Account.
Feminismus: Wir haben die Antidiskriminierungsrichtlinie begleitet und Prozesse angestoßen, auch mit den universitären Antidiskriminierungsgremien. Wir haben eine Ringvorlesung mit dem Namen „Periode ohne Preis" und wollen einen Stadtrundgang organisieren.
SDS: Was ist deine Meinung zu „BAföG für alle"? Ist das feministisch?
Feminismus: Ja, würde ich sagen, aber das ist nicht unsere Aufgabe, sondern die des Kommref.
Fachschaften: Ich bin in keiner Hochschulgruppe, ich bin das Bindeglied zwischen FSK und AStA und berichte den jeweiligen Gremien voneinander. Ich bin in die Planung der Protestwoche involviert und schaue mir an, was andere machen. Ich bin bei der Versammlung von 9 und 10 und gehe auch zu 3, 4, 5 und 11. Ich habe das Gefühl, dass das gut funktioniert. Die Koordination der FSK wird bei der VV mitmoderieren. Ich bin außerdem mit dem HoPo-Ref nach Wiesbaden gegangen. Meine Arbeitszeit erfülle ich auf jeden Fall und kann gern meinen Terminkalender zeigen. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich nur schriftlich berichten könnte.
SDS: Warum habt ihr die Protestwoche genau jetzt?
Fachschaften: Ich habe damals bei No Cuts gesagt, dass eine AStA-VV kommen wird. Bei uns ist aktuell Tatendrang, nicht erst nächstes Jahr. Wir haben allen Bescheid gegeben.
SDS: Ihr schreibt ja gemeinsam mit der FSK die Anträge. Wurde das dem AStA berichtet?
Fachschaften: Vom AStA gibt es bezüglich der Forderungen Konsens. Der Rücktritt von Schleiff ist aktuell die Forderung des AStA und soll in eine mögliche Beschlussvorlage seitens des AStA einfließen. Wir haben viele Workshops und Lesungen geplant und einen Plan mit Studierenden in Kassel, was sie zu den Besetzungen dort zu sagen haben, außerdem zu bedrohten Studiengängen. Es sind noch Raumanfragen offen, deshalb gibt es noch keinen festen Ablauf. Es wird auch Banner geben und einen Chorauftritt.

SDS: Ich habe gehört, dass das Geld ausgegangen ist. Gibt es bei der FSK noch Geld? Gibt es Gespräche mit dem AStA, wie man den Fachschaften mehr Geld geben kann? Wir hatten ja auch Diskussionen, ob es mehr Grundfinanzierung geben kann. Die Gelder verfallen, wenn sie nicht ausgegeben werden, deshalb kann man, wenn sie ausgehen, immer noch etwas machen. Von wem fehlt dir Unterstützung?
Fachschaften: Es gibt mehrere Töpfe, aus denen die FSK Budget ziehen kann. Die FSK ist offen dafür, sich gegenseitig zu unterstützen. Wir haben immer mal wieder darüber gesprochen. Die einzelnen Fachschaften bekommen auch Sachmitteltöpfe, und denen geht das Sachmittelgeld aus. Wir sind eher bereit, das aus Sachmitteln zu finanzieren. Die meisten Sachen organisieren nicht in erster Linie wir. Wir wollten kein unvollständiges Programm für die VV drucken, deshalb ist es nicht online. Uns fehlt aber keine Hilfe.
Vorstand: Für den kommenden Haushalt ist eine Erhöhung der Sockelbeträge vorgesehen. Über den FSK-Topf haben wir noch nicht geredet, aber das kommt noch.
Internationales: Ich biete Beratung für internationale Studierende an und mache auch Vernetzungstreffen, eine Art Stammtisch. Wenn jemand eine konkrete Anfrage hat, wird sie weitergeleitet, wenn eine Vernetzung sinnvoll ist. Ich sitze auch in den AGs zu Fragen für internationale Studierende. Ich bin offen für alles, ob es Beschlüsse gibt oder nicht. Ich bin für alle Studierenden da, ob migrantisch oder nicht.
SDS: Wollen wir uns mal treffen und über die BAföG-für-alle-Demo sprechen?
Internationales: Gern. Ich bin aktuell Nicht-EU-Bildungsausländer*in und unterstütze diese Initiative deshalb als Privatperson. Ansonsten würde ich die Position vom Autonomen Ausländer*innen Referat bestärken. Es gibt keine Zeiterfassung, deshalb werde ich nicht für die 200 € alles besuchen können. Ich möchte die toxische Gesprächskultur hier im StuPa nicht miterleben, das frisst nur meine Kapazitäten. Ich würde lieber die GenZ-Proteste und die damit verbundenen rassistischen Kontrollen bearbeiten. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Leute pauschal abgestempelt werden, im AStA würde nicht gearbeitet. Und ich finde es nicht gut, wenn Leute wie ich, die da sind, immer wieder vorgeführt werden.
LHG: Ist es ein Ehrenamt oder ein Lohn?
Internationales: Es ist kein Lohn, sondern ein Ehrenamt. Dafür, dass ich so viel mache, nicht nur für die internationalen Studierenden, sondern auch für die Protestwoche, finde ich die Kritik schlecht. Es ist gut, dass wir unabhängig von Einkommen oder Klasse Zugang zu Bildung haben.
Ökologie/Verkehr: Bei uns läuft es wie gewohnt. Es gab viele Probleme mit Semestertickets, wir haben E-Mails beantwortet, weil die Probleme immer noch bestehen. Wir gehen zum Traffic und kümmern uns um Neueinstellungen bei der Fahrradwerkstatt.
Studentische Freiräume: Wir haben uns mit Freiräumen vernetzt, ein Brunch veranstaltet und Leuten die Möglichkeit gegeben, sich an der Uni zu vernetzen. Aktuell haben wir uns mit der Trinkhalle, dem Randy und Anna Blume vernetzt.
RCDS: Wie heißt das Referat?
Studentische Freiräume: Das Referat heißt „Studentische Freiräume“.
HoPo: Wir sind stark in Vernetzung und Organisation eingebunden und vernetzen verschiedene Institutionen und Menschen.
Zeitung: Die Herbstausgabe ist im Layout mit 72 Seiten fertig. Beiträge für die Wahlausgaben können bis zum 25.11. an zeitung@asta-frankfurt.de gehen. „Das ist unsere Uni“ ist der neue Call for Papers. Wir haben aktuell 933 Abos, also eine gute Möglichkeit, Texte an eine breite Leserschaft zu veröffentlichen.
RCDS: Ihr druckt die Auslage ja und versendet sie. Wie sieht es mit der Versendung aus?
Zeitung: Die Wahlausgabe kann nicht abbestellt werden, die andere muss abonniert werden.
SDS: Wann ist die Versendung geplant? Ich habe mitbekommen, dass sie sehr spät kam.
Zeitung: Es gibt eine administrative Person, die sich darum kümmert. Kurz vor dem 24.11. wird versendet.
LHG: Die Leute, die abonniert haben, bekommen es gedruckt nach Hause. Findest du das angemessen?
Zeitung: Ja.
LHG: Wie viel kostet das?
Zeitung: Keine Ahnung, aber es ist verhältnismäßig.
LHG: Kann man die Heimatadresse für die Zusendung ändern?
Zeitung: Das muss man bei der Uni ändern, von der wir die Adressen bekommen beziehungsweise die es weiterleitet.
KoZ: Kommunziere Zwischen KoZ-Team, Vorstand, Geschäftsführung und Verwaltung. Aufgrund von Personenbezogenen Daten kann ich die einzelnen Punkte nicht Öffentlich Berichten. Nach der WiWi-Party gab es wieder einige Beschwerden und da kümmere ich mich aktuell mitunter drum.
LHG: Warum bekommen die Wiwis nur unten und Jura oben und unten?
Vorstand: Die WiWis haben nur oben beantragt.
Studienbedingungen: Wir bekommen Anfragen verschiedenster Art, zum Beispiel von Leuten, die auf der Website nicht zurechtkommen und waren bei der Vollversammlung involviert. Außerdem vernetzen wir uns mit

dem Café Dario, das ein Café am anderen Campus eröffnen will. Es gibt auch noch nicht viele Unterschriften, obwohl es bei Studierenden sehr beliebt ist. Das Studierendenwerk will das nicht, weil es keine Konkurrenz möchte. Die Frage ist, warum das beim Präsidium nicht umgesetzt wird.
Politische Bildung: Wir hatten in den vergangenen Wochen 15 Veranstaltungen und sind bei der Organisation der Vollversammlung und der Protestwoche dabei.
SDS: Was ist mit dem Antrag zum „Braunhemd“ und der Neuauflage von Subligt? Der Vorstand hat auf das Polbil-Ref verwiesen, deshalb frage ich nach dem Stand.
Polbil: Das war vor unserer Amtszeit. Ich bitte darum, dass uns eine E-Mail-Adresse gegeben wird, vielleicht nach der Vollversammlung in ein, zwei Wochen.
Polbil: Ich muss auf die Anfragen von Verlagen warten und schreibe bald eine Mail. Die Adresse ist zur Kenntnis genommen.

Der schriftliche Bericht des Wohnraumreferats wurde vorgelesen. Der schriftliche Bericht des Kulturreferats wird versendet.

Nicht berichtet hat das Referat für Antirassismus.

GO**-Antrag: Der Antrag des Technikteams wird vorgezogen. Keine Gegenrede.**

Technikteam: Wir bringen einen Sachantrag zur Anschaffung einer neuen Anlage im KoZ ein. Es gibt immer mehr Beschwerden, dass die Anlage schlecht klingt oder der Umgang Probleme macht, vor allem bei Konzerten, aber auch bei Lesungen, weil sie in die Jahre gekommen ist. Wir haben verschiedene Kostenvoranschläge von Tontechniker*innen eingeholt. Es geht um eine Anlage, die einfach zu bedienen ist und zugleich über ein Bandterminal gelöst werden soll, was die Bedienung vereinfacht und eine Überführung ins neue Studierendenhaus ermöglicht. Auch Traversen können mit überführt werden, damit es kein versenktes Geld ist. Ein weiteres Problem ist, dass die lange Bank an Subwoofern oft falsch genutzt wird. Außerdem wird oft an den Endstufen herumgedreht. Das entfällt, weil alles integriert ist und über eine Fernbedienung läuft.
LHG: Habt ihr noch andere Angebote?
Technikteam: Wir haben mehrere eingeholt. Eines liegt bei 48.000 € und ist das günstigste, das wir bekommen haben. Man kann es billiger machen, aber dann ist die Anlage weniger beständig. Solche Anlagen werden viel in großen Sälen genutzt, weil sie sehr gut halten, und wenn es Probleme gibt, lassen sie sich gut reparieren. Die Frage ist, ob wir drei Anlagen kaufen wollen, weil sie kaputtgehen, oder einmal eine gute.

GO-Antrag: Sofortige Abstimmung.
LHG (Gegenrede): Für 50.000 € kann man auch darüber sprechen.
Abstimmung über den GO-Antrag: 6 Ja, 6 Nein, 7 Enthaltungen.

LHG: Kann man die Anlage im neuen Studierendenhaus nutzen?
Präsidium: Ja, das wurde gerade gesagt.

Abstimmung: 16 Ja, 0 Nein, 6 Enthaltungen.

f) der studentischen Senatsmitglieder

Senator: Die letzte Sitzung war nichtöffentlich und bestand nur aus Berufungen. Danach gab es eine Senatsklausur, deren Beschlüsse in der Presse standen. Mit großer Mehrheit soll es einen statusgruppenübergreifenden Prozess geben. Die Uni will mit Sankt Georgen kooperieren und sie einbeziehen. Der Großteil der Kosten wird von der Kirche übernommen. Es wird acht Professuren der Uni und acht der Kirche geben. Das Destinationsrecht ist ein Problem. Wenn ein Jesuit auf der Liste steht, soll er den Platz mit Sicherheit bekommen. Der Senat muss zustimmen, damit die Zustimmung erteilt wird. In der kommenden Sitzung wird keine Entscheidung darüber getroffen.
Senator: Es war keine richtige Sitzung. Das war eine Ausnahme, weil man das Thema nicht öffentlich kommunizieren wollte. Das wurde von uns in der Vorbesprechung nicht akzeptiert. Über das Dokument muss hochschulöffentlich gesprochen werden. Es war nicht geplant, den AStA einzuladen, und die Dekan*innen wurden wieder ausgeladen. Am Ende konnten doch beide Gremien teilnehmen. Ich rufe die anderen Hochschulgruppen auf, sich zu melden und über den TOP zu sprechen. Eine Senatsintervention von No Cuts ist geplant, entsprechend muss darüber geredet werden.

g) der studentischen Verwaltungsratsmitglieder

Verwaltungsratsmitglied: Es steht die Nächste Verwaltungsratssitzung an und es wird über die Mieten und Semesterbeiträge abgestimmt. Außerdem kommt Gwechenberger aus dem Referat III der Stadt vorbei und diskutiert mit dem Verwaltungsrat darüber, wie neue Wohnheime Finanziert werden können.

6) Anträge

Antrag „BAföG für alle“ (SDS)
SDS: Wir haben heute schon darüber gesprochen. Als SDS Frankfurt planen wir als Teil der bundesweiten Kampagne zum Weltstudierendentag gemeinsam mit dem FZS eine zentrale BAföG-Demo um 15 Uhr am Bebelplatz in Berlin. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Kampagne „Schlussverkauf Bildung“ mit dem FZS zu unterstützen. Wir wollen über Social Media zur Demo mobilisieren, ein Kontaktformular im Linktree einrichten und einen Reisebus für Goethe-Studierende organisieren und finanzieren. Wir sammeln gerade Interessierte, die mitfahren wollen. Es gibt massive studentische Armut, eine grassierende Wohnungsnot und allerhand weitere Probleme. Viele Leute haben keine Möglichkeit, selbstbestimmt zu studieren und damit zur gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen. Wir wollen eine verantwortliche Person aus dem AStA für die Organisation des Busses und bräuchten dazu eine Info.
LiLi: Wir würden einen Änderungsantrag einbringen, der präzisiert, wie die Demo organisiert wird und wie wir als AStA mit den Aufgaben umgehen, die uns vorgeschrieben werden.
Präsidium: Der Änderungsantrag liegt vor. Werden sie übernommen?
SDS: Wir würden 3 und 4 übernehmen. Was mit dem Titel der Demo ist, wollen wir nicht übernehmen. Wir fragen uns, was der letzte Diskussionsstand im FZS ist. Titel und Untertitel des Aufrufs sollen noch festgelegt werden. Das war der letzte Stand, der uns vorlag. Die Demoanmeldung war aber anders als dieser Stand, deshalb sehen wir uns nicht in der Lage, das zu übernehmen.
DL: Bezüglich des ersten Punkts sind wohl beide Titel falsch. Was ist denn der richtige Titel?
SDS: Es gibt bereits einen beschlossenen Titel. Letzte Woche im Zoom wurde aber noch darüber gesprochen, auch wenn die Kundgebung im Alleingang angemeldet wurde. Was zuletzt beschlossen wurde, ist der Titel. Es gibt einen Unterschied zwischen FZS und Bündnis. Die Frage ist, welche Entscheidung für die Kampagne richtungsweisender ist. Wir haben in der Vergangenheit bereits darüber diskutiert, deshalb ist unser Ergebnis zu bevorzugen. Der Bus soll einfach da sein, deshalb wollen wir das festzurren, denn wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Wir haben auch mit den Referaten darüber gesprochen. Es geht vor allem darum, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
RL: Bei Punkt 4 wird auf den Titel verwiesen, der nicht angenommen wird.
SDS: Dann habe ich eine veraltete Version.
Präsidium: Es gibt zwei Versionen, eine mit vier und eine mit sechs Punkten.
SDS: Entsprechend übernehmen wir die Punkte 2, 3, 5 und 6. Die Punkte 1 und 4 übernehmen wir nicht.
DL: Es geht also nur um den Titel, der nicht übernommen wird.
LHG: Ist der Teil noch drin, dass alle „Volksgenossen“ mitgenommen werden, oder gilt das nur für Goethe-Studierende?
SDS: „Volksgenossen“ stammt aus dem Nationalsozialismus und steht nicht in dem Antrag.
LHG: Das ist das Geld der Studierenden, und es sollte nicht für Nicht-Studierende ausgegeben werden. Was da gefordert wird, ist ein bedingungsloses Grundeinkommen, auch für nicht aus Deutschland stammende Studierende. Das sind Pull-Faktoren.
SDS: Studierende werden als Arbeitende gesehen, und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass wir für eine bessere Gesellschaft arbeiten. Wir haben das so formuliert, weil es sonst ein juristisches Problem geben könnte. Deshalb haben wir den Antrag so formuliert, dass alle, die wollen, mitfahren können.
LHG: Ihr habt heute mit den Referaten festgestellt, dass Lohnkürzungen dafür sorgen, dass Leute zum Berichten kommen.
SDS: Es gibt auch politische Gründe, nicht zu berichten. Deine Argumentation ist absurd. Es ist keine einfache Entscheidung, nach Deutschland zu kommen. Oft ist ein Leben im Herkunftsland nicht mehr möglich, weil der Kapitalismus dafür sorgt. Wir hätten kein Problem, wenn unser Wirtschaftssystem nicht auf Konkurrenz statt Kooperation beruhen würde. Das ist einfach nur rassistisch.
SDS: Nicht alle Leute haben Eltern, die ihr Studium ausfinanzieren können. Viele müssen arbeiten und können sich deshalb oft nicht auf die Uni konzentrieren. Die meisten haben das Problem, dass die Regelstudienzeit nicht machbar ist.

LHG: Ich habe Sympathie dafür, das unabhängig von den Eltern zu machen oder keine Regelstudienzeit zu haben. Aber wenn sich wirklich jeder einschreiben kann, hat man in Kombination ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das kann sich Deutschland nicht leisten.
SDS: In deiner Vorstellung wollen die Leute also nicht arbeiten, weil es BAföG für alle gibt, und der Rest Deutschlands läuft einfach weiter. Das ist Teil einer realutopischen Forderung für eine Gesellschaft, die wir gemeinsam anstreben und erkämpfen. Das ganze Konzept „BAföG für alle“ entsteht nur in einer breiten gesellschaftlichen Umwälzung und ist Teil der sozialpolitischen Forderungen gemeinsam mit dem Studierendenwerk.

GO-Antrag: Sofortige Abstimmung der Änderungsanträge 1 und 4.
Abstimmung: 9 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen.

Abstimmung über den Gesamtantrag in geänderter Form: 13 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung.

Antrag Vollversammlung (DL)
DL: Wir wollen die VV unterstützen und voranbringen.
IJV: Ich beantrage eine Änderung, die auch die Unterstützung des Jugendstreiktags umfasst.
DL: Bezieht sich das auf alle Punkte? Für die Mobilisierung würde es Sinn ergeben, für den Rest nicht.
IJV: In allen Punkten, in denen es möglich ist.
DL: Wir übernehmen es in Punkt eins, in den anderen macht es keinen Sinn.
SDS: Es gibt noch keine vollständige Programmübersicht. Bei aller Zustimmung ist das etwas schade.

Abstimmung über den Antrag in geänderter Form: 14 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen.

Antrag Zivilklausel (SDS)
SDS: Bei 20 Prozent Beteiligung haben 80 % der Studierenden für die Zivilklausel gestimmt. Daraufhin gab es eine Hörsaalbesetzung und eine Zentrierung der Demokratisierungsfragen. Über die Wissenschaft entscheiden nach dem Bundesverfassungsgericht die Professor*innen. Es ist wichtig, eine Position als Studierendenschaft Frankfurt zu haben. Im August gab es bereits eine Senatssitzung, in der das beschlossen werden sollte. Dann haben die Studierenden gekämpft, und am 4.11. wurde sie trotzdem so abgeschlossen. Man hat es geschafft, die Abstimmung hinauszuzögern, aber nicht abzuwenden. Es gab sehr viel Solidarität mit den Studierenden in Kassel. Wir hoffen, dass sich der SDS dort nun neu gründet. Die Herrschenden haben Angst vor der Zivilklausel. Kurz nach der Besetzung hat sich der Innenminister mit Schleiff getroffen und wollte das vorab mit ihm klären. Sie wissen, dass der Erhalt der Zivilklausel weit getragen wird. Es gibt also eine Pressemitteilung für den AStA. Wir fordern die Abschaffung von Präsidium und Hochschulrat.
DL: Ich finde das inhaltlich richtig, deshalb beantragen wir die sofortige Abstimmung.
LHG (Gegenrede): Wir müssen darüber reden.

Abstimmung über den GO-Antrag: 10 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen.

Namentliche Abstimmung (beantragt von der LHG):

- Alessio Dale: Nein
- Manuel Paul: Ja
- Luca Groß: Ja
- Ahmed Hüssein: Ja
- Monica Stepowicz: Ja
- Kjell Tiedemann: Ja
- Mathilde Henning: Ja
- Nils Schultheis: Ja
- Carl Gerhold: Nein
- Arne Schwtlick: Nein
- Patrik von Ehr: Nein
- Maxim Wille: Nein
- Felix Mühle: Nein
- Maxim Wahrburg: Ja
- Gönni Landsmann: Ja
- Lukas Grothaus: Enthaltung

- Ben Pagen: Ja
- Valeria Cegodaeva: Ja
- Robert Planz: Ja

Ergebnis: 12 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung.

Sondervoten nach §14 (3) GO

Alessio Dale: Ich stehe solidarisch zu den Studierenden in Kassel, dessen Stimmen für eine friedliche Universität auf eine schreckliche Art von den Entscheidungsträger*innen ignoriert und übergangen wurden. Dennoch sehe ich mit dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine nicht, dass die aktuelle Politische Lage mit einer „vielbeschworene[n] Lüge einer Bedrohung durch Russland“ beschrieben werden kann. Entsprechend votierte ich gegen diesen Antrag.

Mathilde Henning: Beim letzten Stupa haben wir der Resolution zur Zivilklausel in Kassel zugestimmt. Dies taten wir aus dem Grund, dass wir eine Zivilklausel, die Ausfinanzierung der Hochschulen und eine demokratische Mitbestimmung unterstützen. Der Satz „Die vielbeschworene Lüge einer Bedrohung durch Russland ist nichts als der Versuch, diese so naheliegende Einsicht zu verhindern“ gehört nicht zu dem Teil, welchen wir an der Resolution zustimmen. Aufgrund dessen werden wir für das nächste Stupa eine Resolution einbringen, welche die Wichtigkeit der Zivilklausel hervorhebt ohne Russland als Bedrohung abzusprechen und den Angriffskrieg auszublenden.

Nils Schultheis: Die Jusos HSG der Goethe Universität steht in vollkommener Selbstverständlichkeit solidarisch zur Ukraine.

7) Resolutionen

Keine.

8) Verschiedenes

Nichts.

Gönni Landsmann

Gönni C. Landsmann
Präsident*in des Studierendenparlaments

Alessio Dale
Schriftführer